

Wirtschaftsdienst

Kriegswirtschaftliche Berichte über das Ausland

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. 1, 2447—51

Nr. 39

Hamburg, den 28. September

1917

Inhalt

Zur siebenten Kriegsanleihe	Seite 685	Erdöl in Süd- und Mittelamerika	Seite 705
Lloyd Georges „richtige“ Zahlen	„ 686	Bericht über den Weltmarkt für Getreide	„ 708
Französische Handelsflotte und U-Bootkrieg	„ 689	Vermischtes:	
Merifo	„ 693	Japans Handelskrieg	„ 711
British Merchants Morocco Association	„ 698	International Mercantile Marine (Morgan Ernst)	„ 711
Madagaskars Viehreichum und seine Verwertung ..	„ 699	Die deutschen Dampfer in Niederländisch-Indien	„ 712
Chronik der Kriegsfinanzen	„ 702	Eine russisch-norwegische Handelsbank	„ 712
Anatolische Haselnüsse	„ 704	Internationale Wechselkurse	„ 712

(Nachdruck nur mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

Zur siebenten Kriegsanleihe

Zum siebenten Mal seit drei Jahren fordert das Reich zur Zeichnung einer Anleihe auf, durch die kurzfristige Kriegsverbindlichkeiten des Staates in langfristige umgewandelt und darüber hinaus der Kriegführung neue Mittel gesichert werden sollen. Vergegenwärtigt man sich, in welcher ungewisser Luft die Begehung der ersten Kriegsanleihe im Herbst des Jahres 1914 stand, so erkennt man die tiefe Veränderung, die unsere Zustände seitdem erfahren haben. Was damals Wagnis war, kühner Sprung aus dem Chaos der ersten Kriegsmomente in ein ungewisses Morgen, dessen Geseke niemandem bekannt sein konnten, ist heute fast schon gesicherte Institution und Regel. Mit der Pünktlichkeit einer astronomischen Periodizität ergeht von Halbjahr zu Halbjahr der Ruf zur Zeichnung einer Milliardenanleihe, hebt der Prozeß des Einzahlens und Überschreibens, Umtauschens und Verrechnens der ungeheuerlichsten Summen an, die je bewegt worden sind und heute mit der gleichen Leichtigkeit und Reibungslosigkeit bewältigt werden, mit der sich die riesenhaften Arme und Walzen, Krähne und Gestänge eines Eisenwerks bewegen.

Dennoch wäre es falsch, den Erfolg durch die glückliche Zwangsläufigkeit eines außermenschlichen Mechanismus ein für allemal gesichert zu glauben. Gewiß, es liegen in der Absperrung Deutschlands von fremden Zufuhren, in der immer radikaleren Umstellung der Eigenwirtschaft auf den Kriegsbedarf, in der Knappheit des Notwendigsten und zugleich des Überflüssigsten ein starker Zwang zum Sparen und ein Druck, der die angesammelten Kapitalien in eine Richtung drängt. Daß es aber in drei Jahren zur Zeichnung von 60 Milliarden gekommen ist — rund das Hundertfache der Beträge, die in dem diesem Krieg vorangehenden Jahrzehnt 1909—1913 dem Reich in Form von Anleihen zur Verfügung gestellt worden waren — ist kein bloß mechanisches Produkt jener Umstände, sondern ein menschliches Zeichen von Kraft, Vertrauen und Ausdauer. Es scheint uns nicht angemessen, Seelisch-Geistiges mit Finanziell-Wirtschaftlichem in eine kupplerische Verbindung zu bringen und von Patriotismus zu reden, wo eine fünfprozentige Verzinsung durch den geldkräftigsten aller Schuldner zugesichert wird. Kriegs-

anleihe zu zeichnen ist nicht Opfer und nicht Folge einer vaterländischen Wallung, sondern ein Akt schlichtester Bürgerpflicht. Wer seinen Verbrauch nicht auf das Notwendige beschränkt und nicht den Rest seines Einkommens dem Reich zur Verfügung stellt, damit es sich und ihn schützen und sichern kann, streicht sich selbst aus der Liste der Verantwortlichen und Wachen. Daß die Zahl der Überflugen und Feigen, denen es nicht gegeben ist, diese einfachen Pflichten einfach zu sehen und danach ohne Ausflüchte zu handeln, in Deutschland aber so gering geblieben ist, ist einer von vielen Beweisen für den Staatsinn und die Pflichtbereitschaft des Volkes, das mit geringer Bundesgenossenschaft dem Anprall von Kontinenten seit drei Jahren widersteht.

Von denen, die geglaubt haben oder glauben machen wollten, daß sie durch Verweigerung der Zeichnung den Frieden näherbringen könnten, braucht heute kaum noch ein richtendes Wort gesagt zu werden. Der Gang der Ereignisse hat sie längst der Lächerlichkeit überführt. Kein Staat, und sei es der geringste, wird seinen Kriegswillen erlahmen fühlen, weil sein Land ihm keine langfristigen Anleihen gewährt. Er wird den Krieg weiterführen mit schwebenden Verbindlichkeiten, und wenn auch diese Quelle versiegt, so wird er sich selbst seine Zahlungsmittel schaffen, die niemand anzunehmen sich weigern wird, so lange der Staat sie an den eigenen Kassen nicht zurückweist. Die verhängnisvollen Folgen seiner ungesunden Finanzpolitik werden nicht ausbleiben. Aber erst der Friede wird sie sichtbar werden lassen. Inflation, Preissteigerung, Belastung der Privatbanken, Prologationselend und chronische Unsicherheit: unerträglich im Friedenszustand, werden im Kriege neben den schwereren Sorgen kaum empfunden und sind eher ein Motiv, das Letzte zu wagen, um ein glückliches Ende zu erspielen, als abzubrechen, um die Trümmer der Friedenswirtschaft in leidlichem Zustand zu bergen. Wer Kriegsanleihe zeichnet, sorgt in der Tat nicht weniger für die Friedens- als für die Kriegswirtschaft. Jede erreichbare Million entbindet das Reich von der Not, neue Geldzeichen durch Inflation zu schaffen, um den Kriegsbedarf zu finanzieren, oder die Mittel

der Banken über das erträgliche Maß anzuspannen und so den künftigen Bedürfnissen der Friedenswirtschaft zu entziehen.

Diese Funktion der Kriessanleihen ist um so wichtiger, als in keinem Staat die inflatorischen Wirkungen ungesunder Kriessfinanz gänzlich fehlen können. Nicht die gesamte Vermehrung der Reichsbanknoten und der Reichsbankguthaben zwar ist ad hoc geschaffenes „Geld“ (genauer: Zahlungsmittel). Ein Teil ist ausgegeben gegen eingeliefertes Gold, ein anderer Teil ersetzt thesauriertes Geld, ein dritter dient in den besetzten Gebieten als Zahlungsmittel. Der Rest stellt neue Kaufkraft dar, die vom Staat geschaffen worden ist, weil andere Deckungsmittel im Augenblick nicht vorhanden waren. Ähnlich wie im Frieden zuerst die private Bank mit ihren Mitteln einspringt, wenn ein Unternehmen allmählich vergrößert werden soll, bis die gewährten Kredite durch Kapitalaufnahme am Markte abgedeckt werden können, so wird der Krieg zunächst mit Vorschüssen der Reichsbank und privater Geldgeber finanziert; was aber diese Methode von jener unterscheidet, ist die Tatsache, daß diese Vorschüsse in größerem Maße als sonst nicht mit Sparkapitalien gewährt werden, sondern mit eigens zu diesem Zweck geschaffenen Zahlungsmitteln. Je länger der Krieg dauert und in je steilerer Kurve die Höhe der Kriegskosten ansteigt, desto leichter kann es sich ereignen, daß die bedenkliche Geldkreation in stärkerem Tempo wächst als das Ergebnis der Anleihen. Je rapider die Vermehrung der Ausgaben wächst, desto schwerer wird es der Kapitalbildung werden, mit ihr Schritt zu halten. Denn wenn der Krieg auch die Zusammenballung der großen Vermögen fördert, so schaltet er doch breite Schichten als Sparere aus und verschiebt die Einkommen so, daß ein größerer Teil des Zuwachses in Hände kommt, die nicht zu wirtschaften, vorzuforgen und staatliche Pflichten freiwillig anzuerkennen gewöhnt sind.

Es ist unbestreitbar, daß diese Schäden in den Staaten des feindlichen Verbändes unvergleichlich viel stärker aufgetreten sind als in Deutschland. Auch über die Ursachen davon

wird wenig Streit sein. Sehen wir von den Balkanländern, von Rußland und Italien ab, deren finanzieller Status nur das Spiegelbild eines haltlos gewordenen Staatswesens ist, so bleiben Frankreich, dessen wirtschaftliche Kraft schlechthin gebrochen ist, England, das mit seinen Kapitalien nicht nur den Krieg, sondern einen beträchtlichen Teil seiner Friedenswirtschaft und Warenausfuhr finanzieren muß, und die Vereinigten Staaten, die in den Krieg mit einer unverantwortlich starken Inflation eingetreten sind und in der Sucht nach zahlenmäßigen Leistungen gegen eine Steigerung dieses Mittels wenig Bedenken hegen. In allen diesen Staaten aber scheinen auch die „Unwägbarkeiten“ nicht für, sondern gegen die Zeichnung der Anleihe gewirkt zu haben. In keinem von ihnen ist der Einzelne gewöhnt, sein eigenes Geschick untrennbar mit dem der Gesamtheit verbunden zu denken; und wo am ehesten noch die Idee der Bürgerpflicht lebendig und selbstverständlich sein könnte: in England, da hat eine finanzielle Tugend die andere erschlagen: indem man sich entschloß, schon während des Krieges mit dem Aufbau des künftigen Friedensbudgets zu beginnen und Milliarden neuer Steuern einzuführen — hat man gleichzeitig die Kapitalbildung aufs empfindlichste gehemmt und die Begebung der Anleihen erschwert. Ob aus der zeitigeren Aufnahme der Finanzreform ein dauernder Vorsprung der englischen Staatswirtschaft vor der deutschen folgen wird, das wird allein von dem Geist abhängen, in dem die Neuordnung des Reichshaushalts nach Kriegsende begonnen werden wird. Die materiellen Schätze Deutschlands, die im Boden, in Arbeitskraft und in Arbeitsmitteln liegen, sind so groß, daß niemand sich heute sorgend zu fragen braucht, ob es auch möglich sein wird, Verzinsung und Tilgung von bald hundert Milliarden sicher zu stellen. Nicht nach dem ob, nur nach dem wie frage er sich: Forderung des Tages ist nicht nur Erfüllung der Pflicht von heute, sondern auch Vorausblick und Bereitschaft.

Dr. Kurt Singer

Lloyd Georges „richtige“ Zahlen

Die von dem englischen Ministerpräsidenten in einer seiner letzten Unterhausreden über die englischen Frachtraumeinbußen mitgeteilten Ziffern weichen von den amtlichen deutschen Angaben recht erheblich ab. Will man nicht an eine bewusste Irreführung des englischen Volkes glauben, so wird man nach einer Erklärung dieser überraschenden Divergenz suchen müssen.

Nach Mitteilungen des deutschen Admiralstabes sind verfenkt worden:

im Februar	781 500 Br.-R.-T.,	davon engl. ca. 500 000 Br.-R.-T.
„ März ..	885 000 „ „ „	„ „ „ 536 500 „ „ „
„ April ..	1 091 000 „ „ „	„ „ „ 664 000 „ „ „
„ Mai ..	869 000 „ „ „	
„ Juni ..	1 016 000 „ „ „	
„ Juli ..	811 000 „ „ „	
insgesamt	5 495 000 Br.-R.-T.	(unter Hinzurechnung einiger nachträglicher Meldungen.)

In den drei Monaten Februar bis April wurden die englischen Verluste gesondert angegeben. Sie stellen sich auf ca. 62 % der Gesamtverluste. Legt man den gleichen prozentualen Anteil für den sechsmonatigen Zeitraum zu Grunde, so kommt man auf einen englischen Sonnagerverlust von 3 407 000 Br.-Reg.-T. Dazu würden sich die Abgänge durch Seeunfälle und natürliche Abnutzung gesellen. Will man sie sehr niedrig bemessen, so wird man sie mit 3 % des gesamten englischen Frachtraumes für das Jahr anzunehmen haben. Das gibt für die in Betracht kommenden sechs Monate einen weiteren Verlust von ca. 250 000 Br.-Reg.-T.

Ausgleichend ständen diesen Abgängen die Neubauten und Zukäufe gegenüber. Die Neubauten betragen nach unserer

Schätzung, die sich auf betriebsfertige (nicht bloß zu Wasser gelassene) Schiffe bezieht, ca. 400 000 Br.-Reg.-T. Für den Umfang der Zukäufe fehlt es bisher an einer einigermaßen sicheren Schätzungsgrundlage. Wir glaubten nach Lage des Marktes für Schiffskäufe für die 6 Monate ca. 120 000 Br.-Reg.-T. in Rechnung stellen zu können. Es ergab sich also folgende Rechnung:

1. Verfenkungen	3 407 000 Br.-R.-T.
2. Seeunfälle und Abnutzung	250 000 „ „ „
Abgang Februar—Juli	3 657 000 Br.-R.-T.
3. Betriebsfertige Neubauten	400 000 Br.-R.-T.
4. Zukäufe	120 000 „ „ „
Zugang Februar—Juli	520 000 „ „ „
Reinverlust	3 137 000 Br.-R.-T.

Danach war man berechtigt, den Nettoverlust an englischem Frachtraum während des ersten Halbjahres des ungehemmten U-Bootkrieges mit rund 3 Mill. Br.-R.-T., das sind 500 000 monatlich, anzunehmen.

Lloyd George behauptet nun, der durchschnittliche monatliche Nettoverlust habe nicht, wie von deutscher Seite angegeben würde, 450—500 000, sondern weniger als 250 000 Br.-Reg.-T. betragen. Der Nettoverlust des ersten Halbjahres hätte sich also nur auf noch nicht 1 500 000 Br.-Reg.-T. gestellt. Untersuchen wir, welcher der vier Posten unserer Aufstellung, aus denen sich der Nettoverlust ergibt, möglicherweise fehlerhaft sein könnte.

Die Posten 2 und 3 dürften kaum in Betracht kommen. Die Abgänge durch Seeunfälle und Abnutzung sind, wie erwähnt, (Fortsetzung Seite 688.)